

112222-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Deutsche Bundesbank, Dienstgebäude München Leopoldstraße, Bauprojekt 34.0321, Tragwerkssanierung Tiefgarage, Objektplanung Gebäude (VE 731c), Leistungsphasen 3 und 5 bis 8

OJ S 33/2026 17/02/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Deutsche Bundesbank, Zentralbereich Beschaffungen

E-Mail: margarita.pak@bundesbank.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Deutsche Bundesbank, Dienstgebäude München Leopoldstraße, Bauprojekt 34.0321, Tragwerkssanierung Tiefgarage, Objektplanung Gebäude (VE 731c), Leistungsphasen 3 und 5 bis 8

Beschreibung: Für die geplante Baumaßnahme "34.0321- DG München Leopoldstraße - Tragwerkssanierung Tiefgarage" sollen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens nach § 17 VgV mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb Planungs- und Objektüberwachungsleistungen gemäß dem Leistungsbild "Objektplanung Gebäude" nach HOAI 2021 auf Grundlage der vereinbarten Honorarparameter vergeben werden.

Kennung des Verfahrens: c2314ab3-258f-4315-b00b-a0dff8dd2fc6

Interne Kennung: 2000073035

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 VgV. Die für die Durchführung des Auftrags verantwortlichen Führungskräfte müssen über die Berufsqualifikation des "Architekt" oder "Beratender Ingenieur / Ingenieur" verfügen.

Zugelassen wird, wer nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV oder § 75 Abs. 2 VgV). Der Nachweis hat mit dem Teilnahmeantrag zu erfolgen. Begrenzung der Anzahl von Bewerbern: Soweit die Mindeststandards (Mindestkriterien) erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte (Bewertungskriterien) für die Auswahl maßgebend (§ 51 VgV). Alle Auswahlkriterien sind jeweils mit maximal 100 Wertungspunkten und Gewichtung gemäß Wertungsmatrix (Anlage A2) versehen. Die Gesamtpunktzahl pro Kriterium ergibt sich durch Multiplikation der erreichten Wertungspunkte als Wertungsfaktor in % mit der Gewichtung. Die maximal erreichbare Gesamtpunktzahl beträgt somit 100. Bei Punktegleichstand mehrerer Bewerber entscheidet das Los (§ 75 Abs. 6 VgV). Die Vergabestelle ist bestrebt, den Wettbewerb zu

stärken und behält sich daher vor, den Teilnahmewettbewerb bei Unterschreitung einer Mindestzahl von drei geeigneten Bewerbern einzustellen. Alle für das Verhandlungsverfahren gemäß § 17 Abs. 4 VgV ausgewählten Teilnehmer erhalten eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes mit allen erforderlichen Unterlagen für die Angebotserstellung.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Deutsche Bundesbank - Filiale München

Stadt: München

Postleitzahl: 80807

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4Y63M4V6# I) Ergänzung zu Nr. 5.1.9 der Veröffentlichung: I.1) Befähigung zur Berufsausübung => Eigenerklärung zu Eintragungen im Wettbewerbsregister über den Bewerber oder falls vorhanden Auszug aus dem Wettbewerbszentralregister - ggf. auch Kopie. (Vordruck "Teilnahmeantrag" als Anlage B1 zur Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb enthalten) Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählt die Abfrage des Wettbewerbsregisters nach § 6 WReG. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. I.2) Befähigung zur Berufsausübung => Ausschlussgründe GWB Eigenerklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen oder Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB erfolgt sind. (Vordruck "Ergänzende Eigenerklärung zur Eignung" als Anlage B3 zur Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb enthalten). Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählt die Abfrage des Wettbewerbsregisters nach § 6 WReG. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. I.3) Befähigung zur Berufsausübung => Eigenerklärung EU-Verordnung Russland Eigenerklärung in Bezug auf Artikel 5 k) Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 i. d. Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. (Vordruck "Eigenerklärung EU-Verordnung Russland" als Anlage B5 zur Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb enthalten) Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählt die Abfrage des Wettbewerbsregisters nach § 6 WReG. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. II) Sonstiges: II.1) Die Teilnahme-/Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch auf dem

Deutschen Vergabeportal unter <http://www.dtv.de> registrierungsfrei zur Verfügung gestellt. Die Bewerber werden gebeten, die Teilnahmeunterlagen unverzüglich auf Vollständigkeit zu prüfen. II.2) Die Beantwortung von Fragen zum Verfahren sowie sämtliche Kommunikation zwischen den Beteiligten und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das o. g. Vergabeportal. Die Interessenten sind daher verpflichtet, regelmäßig im Postfach auf der Vergabeplattform nachzusehen, ob Nachrichten eingegangen sind. Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Bewerber- / Bieterfragen absehen, welche nicht über das Vergabeportal eingereicht werden. II.3) Etwaige Fragen von interessierten Unternehmen müssen spätestens bis 05.03.2026, 24:00 Uhr über das o. g. Vergabeportal übersendet werden. Der Auftraggeber behält sich vor, danach eingehende Anfragen nicht mehr zu beantworten. Fragen zu dem Vergabeverfahren werden wegen der Gleichbehandlung der Bewerber / Bieter nur in Textform und anonymisiert beantwortet. II.4) Für die Bewerbung / für das Angebot sind die Vordrucke aus den Teilnahme-/ Vergabeunterlagen zu verwenden, die über das Vergabeportal abgerufen werden können. II.5) Teilnahmeanträge/Angebote sind über die Vergabeplattform im entsprechenden Projektraum über das Bietertool im Reiter "Teilnahmeanträge"/"Angebote" einzureichen. Auf andere Art übermittelte Teilnahmeanträge /Angebote, insbesondere schriftliche Teilnahmeanträge/Angebote oder Teilnahmeanträge /Angebote per E-Mail sind nicht zulässig. Teilnahmeanträge/Angebote dürfen nicht über die Nachrichtenfunktion des Bietertools eingereicht werden. II.6) Fehlende Erklärungen und Nachweise, die auch nach Anforderung durch die Vergabestelle nicht fristgerecht nachgereicht werden, führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrages/des Angebotes. II.7) Der Bewerber /Bieter hat sich rechtzeitig mit der Funktion der Vergabeplattform zur Abgabe von Teilnahmeanträgen/Angeboten vertraut zu machen und sich über etwaige Wartungsarbeiten der Vergabeplattform (Downtimes) zu informieren. Es wird darauf hingewiesen, dass ggf. Dateianhänge nur bis zu einer bestimmten Größe hochgeladen werden können. Im Falle von Störungen der Vergabeplattform hat sich der Bieter an den Support des Plattformbetreibers zu wenden und parallel dazu den Auftraggeber zu informieren. II.8) Soweit vom Bewerber/Bieter auszufüllende Bestandteile der Teilnahme-/Vergabeunterlagen mit Unterschrift und Firmenstempel zu versehen sind, gilt bei elektronischer Abgabe in Textform das Folgende: Anstelle von Originalunterschrift und Firmenstempel ist nur der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, anzugeben. Dies kann auch durch eine eingescannte Unterschrift erfolgen. II.9) Die Verfahrenssprache ist deutsch. Es werden daher nur Angaben und Nachweise in deutscher Sprache akzeptiert (ggf. in deutscher Übersetzung). II.10) Maßgeblich ist allein der Text der europaweiten Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. II.11.) Der Auftraggeber behält sich vor, von seinem Nachforderungsrecht Gebrauch zu machen. II.12.) Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag gem. § 17 Abs. 11 VgV auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben. II.13.) Der Auftraggeber behält sich vor, die Anzahl der Bieter gem. § 17 Abs. 12 VgV in einer oder mehreren Verhandlungsrunden durch Ausscheiden der weniger wirtschaftlichen Angebote stufenweise zu reduzieren.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Deutsche Bundesbank, Dienstgebäude München Leopoldstraße, Bauprojekt 34.0321, Tragwerkssanierung Tiefgarage, Objektplanung Gebäude (VE 731c), Leistungsphasen 3 und 5 bis 8

Beschreibung: Aus gesammelten Erkenntnissen wurde ein Instandsetzungskonzept für die Gesamtmaßnahme erstellt. Eine umfassende Sanierung der Tiefgarage ist geboten. Ziel der Baumaßnahme ist die Instandsetzung der geschädigten Bausubstanz gem. den aktuell gültigen techn. Vorschriften zur Sicherstellung der Standsicherheit der betroffenen Gebäudeteile des Dienstgebäudes sowie die Wiederherstellung der Gebrauchstauglichkeit der Tiefgarage für eine uneingeschränkte und funktionale Nutzung. Im Rahmen der Instandsetzungsmaßnahme soll der bestehende Stahlfaserbeton mit starrer Beschichtung vollflächig abgebrochen und durch einen neuen Gussasphaltbelag auf bituminöser Abdichtung ersetzt werden. Zur Durchführung der erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen müssen die geschädigten Stahlbeton-Bauteile zugänglich gemacht werden. Dadurch sind - je nach Lage dieser Bauteile und Umfang dieser Maßnahmen - auch Komponenten der bestehenden technischen Ausrüstung innerhalb der Tiefgarage betroffen, die geschützt, demontiert bzw. abgebrochen und nach Abschluss der Maßnahmen im Hochbau wieder remontiert bzw. teilweise oder vollständig durch neue Komponenten ersetzt werden müssen. Die jeweiligen Vorgehensweisen sind von mehreren Faktoren abhängig. In der Tiefgarage vorhandene Komponenten, die zur Ver- bzw. Entsorgung der Tiefgarage selbst dienen, sind mit geeigneten Maßnahmen vor Beschädigung zu schützen oder zu demontieren. Falls eine Remontage dieser Bauteile als unwirtschaftlich beurteilt wird, sind diese zu entsorgen und durch neue Bauteile zu ersetzen. Gleiches gilt für alle zu demontierenden Bauteile von Altanlagen, deren planmäßige technische Lebensdauer bereits überschritten ist sowie für alle Bauteile von Altanlagen, die aufgrund der Instandsetzungsmaßnahmen im Hochbau ohnehin abgebrochen und somit zwingend erneuert werden müssen. Der Dienstbetrieb muss während der Baumaßnahme aufrechterhalten werden kann. Dies hat Priorität. Falls dies nicht möglich sein sollte, sind provisorische Maßnahmen zu treffen. Dies betrifft u. a. bestehende Sprinklerleitungen Sanitärinstallationsleitungen, Heizungsleitungen, Druckluftleitungen und Lüftungskanäle sowie Kabeltrassen der Brandmelde-, Sicherheitsbeleuchtungs-, Gebäudeautomations- und Videoüberwachungsanlage, etc. Das geplante Bauprojekt kann nur im laufenden Betrieb umgesetzt werden. Jeder Bauabschnitt ist in mehrere terminlichen Bauphasen unterteilt. Eine Vollsperrung des 2. und 3. Untergeschosses der Tiefgarage wird jedoch in einem möglichst kurzen Zeitraum in Kauf genommen. Der ursprünglich vorhandene Stahlfaserbeton mit starrer Beschichtung wird nicht wieder hergestellt. Als neuer Oberbelag ist ein Gussasphaltbelag auf bituminöser Abdichtung vorgesehen. Die Eindichtung aufgehender Bauteile erfolgt mit Flüssigabdichtung. Alle bisher unterseitig gedämmten Decken im UG1 und UG2 erhalten eine neue Deckendämmung aus Holzwolle-Mehrschichtplatten. Anschließend werden alle Installationen der technischen Ausrüstung wieder re- bzw. neu montiert und hergestellte Provisorien zurückgebaut. Abschließend werden alle Wände und Stützen sowie alle Deckenuntersichten (gedämmt bzw. ungedämmt) neu gestrichen. Ferner werden neue Beschilderungen sowie neue Stellplatz- und Fahrbahnmarkierungen hergestellt. Der Auftragsumfang beinhaltet alle Leistungen, die zur Übernahme der bereits vorliegenden und vom bisherigen Auftragnehmer erbrachten Grundleistungen der Leistungsphasen 1, 2 (teilweise), 3, 5 und 6 nach HOAI notwendig sind sowie die noch verbleibenden Grundleistungen der Leistungsphasen 7 und 8 nach HOAI. Die bereits erbrachten Leistungen des bisherigen Auftragnehmers Objektplanung Gebäude sowie die bereits erbrachten Leistungen der Fachplaner für die technische Ausrüstung stellen somit die Grundlage für die weitere Projektbearbeitung dar. Die hierfür zunächst erforderliche Einarbeitung in die bereits erbrachten Leistungen des bisherigen Auftragnehmers Objektplanung Gebäude sowie der

beauftragten Fachplaner für die TGA-Gewerke werden als besondere Leistungen betrachtet und zusätzlich vergütet. Ferner sollen nachfolgend genannte Änderungen an der bisherigen Planung vorgenommen werden. Dies betrifft insbesondere die Bauabschnittseinteilung neu zu definieren. Nach Abschluss der Umplanungen und Vorliegen der geänderten Leistungsbeschreibungen wird mit den Vergabeverfahren für alle Bauleistungen begonnen. Anschließend sind die Leistungsphasen 7 und 8 nach HOAI auf Grundlage der anrechenbaren Kosten und vereinbarten v. H.-Sätze zu erbringen.

Interne Kennung: 2000073035

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Deutsche Bundesbank - Filiale München

Stadt: München

Postleitzahl: 80807

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 70 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Berechtigung der Berufsbezeichnung "Architekt" gemäß § 75 Abs. 1 VgV oder "Beratender Ingenieur / Ingenieur" gemäß § 75 Abs. 2 VgV. Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählt die Abfrage des Wettbewerbsregisters nach § 6 WReG. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der besonderen Qualifikation "Sachkundiger Planer für die Instandhaltung von Betonbauteilen" (SKP) Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und zur

Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählt die Abfrage des Wettbewerbsregisters nach § 6 WReG. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über die Eintragung im Berufsregister mit Angabe der Registernummer. Optional kann eine Kopie der Eintragung beigelegt werden. (für inländische Bewerber mit Firmensitz in Deutschland mittels Auszugs aus dem Handelsregister bzw. der Handwerksrolle, für ausländische Bewerber mittels Unterlagen gemäß § 44 VgV; bei ausländischen Bewerbern Unterlagen gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU). Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die Eignung des Bewerbers/der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern. Hierzu zählt die Abfrage des Wettbewerbsregisters nach § 6 WReG. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen: - mind. 3 Mio EUR je Schadensereignis für Personenschäden und - mind. 3 Mio EUR je Schadensereignis für sonstige Schäden Die Maximierung der Ersatzleistungen muss mindestens das Zweifache der vorgenannten Deckungssummen je Versicherungsjahr betragen. Dem gleichgesetzt ist eine Bestätigung des Versicherers, dass die Deckungssummen im Auftragsfall ohne Bedingungen auf die geforderten Deckungssummen erhöht werden. Falls auch freie Mitarbeiter ("Freelancer") für den Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft im Rahmen des vorliegenden Bauprojekts als Erfüllungsgehilfen eingesetzt werden sollen, ist der Nachweis zu erbringen, dass auch sämtliche (Teil-) Leistungen der freien Mitarbeiter von der Berufshaftpflichtversicherung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft vollumfänglich mitversichert und mit vorgenannten Schadensarten und Deckungssummen abgedeckt sind. Eine zusätzliche (eigene) Berufshaftpflichtversicherung der freien Mitarbeiter ist nicht ausreichend. Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Bescheinigungen von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder Informationen (z. B. Creditreform-Auskunft) einzuholen. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (bzw. der Bewerbungsgemeinschaft in Summe), der in den letzten 3 Jahren (2022, 2023 und 2024) mit vergleichbaren Projekten erzielt wurde in EUR (netto). (Vordruck "Teilnahmeantrag" als Anlage B1 zur Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb enthalten). Die Vergleichbarkeit der Projekte wird nach den nachfolgenden Kriterien bewertet: - Leistungsphasen 3, 5 nach HOAI mit Leistungsbild Objektplanung Gebäude (LP 1, 2 und 4 optional, jedoch hinsichtlich Vergleichbarkeit zum vorliegenden Projekt nicht relevant) - Leistungsphasen 6, 7, 8 nach HOAI mit Leistungsbild Objektplanung Gebäude - Gesamtbaukosten der KG 200 bis 500 nach DIN 276 zwischen 3 Mio EUR und 6 Mio EUR netto - Objekt beinhaltet eine Tiefgarage mit Grundfläche über 1.000 m² (= Großgarage nach der Garagen- und Stellplatzverordnung Bayern) - Projekt beinhaltet (auch) die Sanierung (Instandsetzung) einer bestehenden

Tiefgarage mit den Schwerpunkten Betoninstandsetzung und Bauwerksabdichtung Bei
Bewerbergemeinschaften sind die Umsätze aller Mitglieder der Gemeinschaft zu addieren und
als Gesamtsummen anzugeben. Die geforderten Erklärungen und Nachweise sind in diesem
Fall für die Gemeinschaft als Ganzes abzugeben. Der Auftraggeber behält sich vor, zur
ergänzenden Aufklärung über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des
Bewerbers und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder
Informationen (z. B. Creditreform-Auskunft) einzuholen. Sämtliche geforderte Erklärungen und
Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens
eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 15,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zur Gesamtanzahl der für den Bewerber
bzw. die Werkgemeinschaft während der letzten drei Jahre (2022, 2023 und 2024) tätigen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über alle Berufsgruppen hinweg (d.h. Architekten/Ingenieure,
Techniker/CAD-Kräfte, Office) in EUR (netto). Falls in den angegebenen Mitarbeiterzahlen
auch regelmäßig tätige freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ("Freelancer") enthalten sind, ist
deren Anzahl während der letzten drei Jahre (2022, 2023 und 2024) anzugeben. (Vordruck
"Teilnahmeantrag" als Anlage B1 zur Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb enthalten).

Definition "Freelancer": Nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigte Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter, die regelmäßig für den Bewerber bzw. ein Mitglied der Werkgemeinschaft in
dessen Büroräumen tätig sind und keine eigenen Angestellten haben. Bei
Werkgemeinschaften sind die Mitarbeiterzahlen der einzelnen Mitglieder der
Gemeinschaft zu addieren und als Gesamtsummen anzugeben. Die geforderten Erklärungen
und Nachweise sind in diesem Fall für die Gemeinschaft als Ganzes abzugeben. Sämtliche
geforderten Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens
eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10,00

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Einsatz von Nachunternehmern
Sofern bestimmte (Teil-) Leistungen übertragen werden sollen, gelten diese als
Nachunternehmer. Die auf Nachunternehmer zu übertragenden (Teil-) Leistungen sind in
diesem Fall mit dem Teilnahmeantrag anzugeben. Die namentliche Benennung der im
Auftragsfall vorgesehenen Nachunternehmer und die Einreichung entsprechender Referenzen
und Bescheinigungen kann bereits mit dem Teilnahmeantrag erfolgen. Ansonsten werden
diese im weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens nachgefordert. Der Auftraggeber behält sich
vor, zur ergänzenden Aufklärung über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des
Bewerbers und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder
Informationen einzuholen. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind
Mindestbedingungen der Eignung.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung mit Darstellung Referenzprojekte P1
und P2 Durch den Bewerber sind mindestens 2 und maximal 4 Referenzprojekte aus den
letzten 7 Jahren anzugeben. Alle Referenzprojekte sind mittels einer frei gestaltbaren
Referenzmappe vorzustellen. Der Umfang pro Referenzprojekt darf hierbei maximal 2 Seiten
im Format DIN A4 betragen (digital als pdf-Datei). Jeweils pro Referenzprojekt sind eine

Kurzbeschreibung der durchgeführten Maßnahmen und folgende Projektdaten anzugeben: - Bezeichnung des Bauvorhabens und Lage des Objekts - Name des Projektleiters bzw. der Projektleiterin des Bewerbers - Honorarzone und erbrachte Leistungsphasen nach HOAI - Projektlaufzeit von Planungsbeginn bis Baufertigstellung - Bausumme aus KG 200 bis KG 500 nach DIN 276 in EUR netto - Brutto-Grundfläche nach DIN 277 des Gesamtoobjekts - Grundfläche der Tiefgarage und Anzahl der Kfz-Stellplätze - Angabe des Auftraggebers sowie Kontaktdaten der Ansprechpartner mit Namen, Telefonnummer und Email-Adresse Die vorgestellten Referenzprojekte werden durch den Auftraggeber hinsichtlich der Vergleichbarkeit mit dem geplanten Projekt qualitativ bewertet. Die objektive Vergleichbarkeit wird nach den nachfolgenden Kriterien bewertet: - Leistungsphasen 3, 5 nach HOAI mit Leistungsbild Objektplanung Gebäude (LP 1, 2 und 4 optional, jedoch hinsichtlich Vergleichbarkeit zum vorliegenden Projekt nicht relevant) - Leistungsphasen 6, 7, 8 nach HOAI mit Leistungsbild Objektplanung Gebäude - Gesamtbaukosten der KG 200 bis 500 nach DIN 276 zwischen 3 Mio EUR und 6 Mio EUR netto - Objekt beinhaltet eine Tiefgarage mit Grundfläche über 1.000 m² (= Großgarage nach der Garagen- und Stellplatzverordnung Bayern) - Projekt beinhaltet (auch) die Sanierung (Instandsetzung) einer bestehenden Tiefgarage mit den Schwerpunkten Betoninstandsetzung und Bauwerksabdichtung Hierfür werden 2 Referenzprojekte jedes Bewerbers ausgewählt und überprüft. Falls mehr als 2 Referenzprojekte eingereicht werden, werden die 2 Referenzprojekte mit der höchsten Vergleichbarkeit ausgewählt. Bei Bewerbergemeinschaften können Referenzprojekte von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft eingereicht werden, die maximale Zahl der einzureichenden Referenzprojekte bleibt aber auf vier (P1 und P2) beschränkt. Die Referenzprojekte müssen den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft stets eindeutig zuzuordnen sein. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder Informationen einzuholen. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 50,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung mit Darstellung Referenzprojekt P3
Durch den Bewerber ist mindestens 1 und maximal 2 Referenzprojekte aus den letzten 7 Jahren mit öffentlichem Auftraggeber als Bauherr anzugeben. Alle Referenzprojekte sind mittels einer frei gestaltbaren Referenzmappe vorzustellen. Der Umfang pro Referenzprojekt darf hierbei maximal 2 Seiten im Format DIN A4 betragen (digital als pdf-Datei). Jeweils pro Referenzprojekt sind eine Kurzbeschreibung der durchgeführten Maßnahmen und folgende Projektdaten anzugeben: - Bezeichnung des Bauvorhabens und genaue Lage des Objekts - Name des Projektleiters bzw. der Projektleiterin des Bewerbers - Honorarzone und erbrachte Leistungsphasen nach HOAI - Projektlaufzeit von Planungsbeginn bis Baufertigstellung - Bausumme aus KG 200 bis KG 500 nach DIN 276 in EUR netto - Brutto-Grundfläche nach DIN 277 des Gesamtoobjekts - Grundfläche der Tiefgarage und Anzahl der Kfz-Stellplätze - Angabe des öffentlichen Auftraggebers sowie Kontaktdaten der Ansprechpartner mit Namen, Telefonnummer und Email-Adresse Die vorgestellten Referenzprojekte werden durch den Auftraggeber hinsichtlich der Vergleichbarkeit mit dem geplanten Projekt qualitativ bewertet. Die objektive Vergleichbarkeit wird nach den nachfolgenden Kriterien bewertet: - Leistungsphasen 3, 5 nach HOAI mit Leistungsbild Objektplanung Gebäude (LP 1, 2 und 4 optional, jedoch hinsichtlich Vergleichbarkeit zum vorliegenden Projekt nicht relevant) - Leistungsphasen 6, 7, 8 nach HOAI mit Leistungsbild Objektplanung Gebäude -

Gesamtbaukosten der KG 200 bis 500 nach DIN 276 zwischen 3 Mio EUR und 6 Mio EUR netto - Objekt beinhaltet eine Tiefgarage mit Grundfläche über 1.000 m² (= Großgarage nach der Garagen- und Stellplatzverordnung Bayern) - Projekt beinhaltet (auch) die Sanierung (Instandsetzung) einer bestehenden Tiefgarage mit den Schwerpunkten Betoninstandsetzung und Bauwerksabdichtung Hierfür wird 1 Referenzprojekt mit öffentlichem Auftraggeber jedes Bewerbers ausgewählt und überprüft. Falls mehr als 1 Referenzprojekt eingereicht wird, wird das Referenzprojekt mit der höchsten Vergleichbarkeit ausgewählt. Bei Bewerbergemeinschaften können Referenzprojekte von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft eingereicht werden, die maximale Zahl der einzureichenden Referenzprojekte bleibt aber auf zwei (P3) beschränkt. Die Referenzprojekte müssen den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft stets eindeutig zuzuordnen sein. Der Auftraggeber behält sich vor, zur ergänzenden Aufklärung über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers und zur Bestätigung von Eigenerklärungen weitere Unterlagen zu fordern oder Informationen einzuholen. Sämtliche geforderte Erklärungen und Nachweise sind Mindestbedingungen der Eignung. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 6

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y63M4V6/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y63M4V6>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y63M4V6>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/03/2026 11:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es gelten die Regelungen des § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: 1) Berufshaftpflichtversicherung gem. Teilnahmebedingungen. 2) Gesamtschuldnerische Haftung der an der Bietergemeinschaft Beteiligten. Ein Mitglied der Bietergemeinschaft ist als bevollmächtigter Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen. 3) Vertragssprache ist deutsch. 4) Zuverlässigkeitsüberprüfung des eingesetzten Personals.
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Deutsche Bundesbank, Zentralbereich Beschaffungen
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Deutsche Bundesbank, Leiter des Zentralbereichs Beschaffungen
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Deutsche Bundesbank, Zentralbereich Beschaffungen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Deutsche Bundesbank, Zentralbereich Beschaffungen

Registrierungsnummer: 991-80008-08

Postanschrift: Taunusanlage 5

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60329

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

E-Mail: margarita.pak@bundesbank.de

Telefon: +49 69 9566-34350

Fax: +49 695069-2575

Internetadresse: <http://www.bundesbank.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Deutsche Bundesbank, Leiter des Zentralbereichs Beschaffungen

Registrierungsnummer: t:069956632197

Postanschrift: Postfach 10 06 02

Stadt: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60006

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

E-Mail: nachpruefung@bundesbank.de

Telefon: +49 699566-32197

Fax: +49 695069-2575

Internetadresse: <http://www.bundesbank.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 2289499-0

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 382b1562-6f8c-4dc7-8ef3-057a54cef379 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/02/2026 15:32:40 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 112222-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 33/2026

Datum der Veröffentlichung: 17/02/2026